

Baacke, Dieter

Erfahrungen und Probleme mit Projekten im Bereich der Gemeinwesenarbeit

Blankertz, Herwig [Hrsg.]: Interaktion und Organisation in pädagogischen Feldern. Bericht über den 5. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 29. - 31.3.1976 in der Gesamthochschule in Duisburg. Weinheim ; Basel : Beltz 1977, S. 181-194. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 13)



Quellenangabe/ Reference:

Baacke, Dieter: Erfahrungen und Probleme mit Projekten im Bereich der Gemeinwesenarbeit - In: Blankertz, Herwig [Hrsg.]: Interaktion und Organisation in pädagogischen Feldern. Bericht über den 5. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 29. - 31.3.1976 in der Gesamthochschule in Duisburg. Weinheim ; Basel : Beltz 1977, S. 181-194 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-232043 - DOI: 10.25656/01:23204

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-232043>

<https://doi.org/10.25656/01:23204>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Zeitschrift für Pädagogik

13. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

13. Beiheft

Interaktion und Organisation in pädagogischen Feldern

Bericht über den 5. Kongreß der
Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft
vom 29.-31. 3. 1976 in der Gesamthochschule in Duisburg

Im Auftrage des Vorstandes
herausgegeben von Herwig Blankertz

Beltz Verlag · Weinheim und Basel 1977

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Interaktion und Organisation in pädagogischen
Feldern** : Bericht über d. 5. Kongress d. Dt.
Ges. für Erziehungswiss. vom 29. - 31. 3. 1976
in d. Gesamthochsch. in Duisburg / im Auftr.
d. Vorstandes hrsg. von Herwig Blankertz. -
Weinheim, Basel : Beltz, 1977.

(Zeitschrift für Pädagogik : Beih. ; 13)

ISBN 3-407-41113-8

NE: Blankertz, Herwig [Hrsg.]; Deutsche Gesell-
schaft für Erziehungswissenschaft

© 1977 Beltz Verlag · Weinheim und Basel
Gesamtherstellung: Beltz, Offsetdruck, 6944 Hemsbach über Weinheim
Printed in Germany
ISSN 0514-2717

ISBN 3 407 41113 8

Inhaltsverzeichnis

HERWIG BLANKERTZ	
Vorwort.	5

A. Abhandlungen

WOLFGANG KLAFKI	
Organisation und Interaktion in pädagogischen Feldern – Thesen und Argumentationsansätze zum Thema und zur Terminologie	11
KLAUS MOLLENHAUER	
Interaktion und Organisation in pädagogischen Feldern.	39
THEODOR SCHULZE	
Kann Erziehung die Gesellschaft verändern?	57

B. Berichte der Arbeitsgruppen

THOMAS HANISCH	
Schulorganisation und Curriculumreform – Integration von Berufsbildung und Allgemeinbildung in der Sekundarstufe II am Beispiel des Schulversuchs Kollegstufe NW	89
LUDWIG HUBER/HARTMUT HENTSCHEL	
Projektstudium und Hochschulorganisation	101
GÜNTER KOLB	
Mediendidaktik und Medienforschung in wissenschaftstheoretischer Sicht	117
DORIS KNAB/ULRICH KRÖLL	
Partizipation im Bildungswesen zwischen programmatischem Anspruch und Realisierungsproblemen	123
WALTER HORNSTEIN	
Interaktion und Organisation in der pädagogischen Beratung – Theoretische Ansätze und Planungen	133

LINE KOSSOLAPOW	
Rollenspiel als Medium der Entwicklung sozialer Kompetenz im vorschulischen Bereich	157
HEINRICH DAUBER/LUDWIG LIEGLE/RITA SÜSSMUTH	
Familienerziehung und Professionalisierung der Elternrolle	173
DIETER BAACKE	
Erfahrungen und Probleme mit Projekten im Bereich der Gemeinwesenarbeit . . .	181
HEINZ BACH/HANS THIERSCH	
Die soziale Karriere verhaltensgestörter Kinder und Jugendlicher – Probleme der Kooperation zwischen Sonderpädagogik und Sozialpädagogik	195
WALTER DÜRR/MICHAEL EHRKE	
Zur theoretischen und praktischen Relevanz empirischer Bildungsforschung	219
CHRISTIAN MARZAHN	
Lernprozesse und Kommunikationsstrukturen in selbstverwalteten Jugendzentren .	235
KARL-HEINZ SAHMEL/DIETER JUNGK	
Jugendliche ohne Ausbildungschancen als berufspädagogisches Problem	251
WILHELM MADER/HELLA KÜHNEL	
Adressatenbezug in der Erwachsenenbildung	261
RUDOLF KÜNZLI/KARL FREY	
Fachdisziplinen in der Bildung – Disziplinierung oder Befreiung durch Wissenschaft?	273
CHRISTA CREMER/WOLF R. KLEHM	
Methodologische Probleme handlungsorientierter Curriculuminnovation	281
ULLRICH BOEHM/MICHAEL SCHABLOW	
Schulkritik als Kapitalismuskritik	295
ULRICH HERRMANN/GERD FRIEDERICH	
Qualifikationskrise und Schulreform – Berechtigungswesen, Überfüllungsdiskussion und Lehrerschwemme. Aktuelle bildungspolitische Probleme in historischer Perspektive	309
GERT LOOSE	
Interkultureller Vergleich über Beziehungen von Schulleistung und familiärer Sozialisation – Die IEA-Studien	327
RAINER KLEFFMANN	
Fortschreitende Erziehungswissenschaft und mißlingende Interaktion	343

Erfahrungen und Probleme mit Projekten im Bereich der Gemeinwesenarbeit *

1. Einführung: Zur Situation der Gemeinwesenarbeit in der BRD

Es scheint ein geeigneter Moment zu sein, über Fragen der Gemeinwesenarbeit (GWA) zu diskutieren. Als schon „klassische“ Methode der Sozialarbeit (neben casework und groupwork) wurde sie aus den USA übernommen, wo kommunalorientierte Arbeitsformen von jeher selbstverständlich waren. Freilich: in der BRD bekam sie, vor allem wohl beeinflusst durch die Studenten- und Schülerrevolte der späten sechziger Jahre, besondere Akzente. Denn GWA ist *mehr* als eine pädagogische Methode; sie setzt auch eine Entscheidung für gesellschaftlich wünschbare Ziele voraus. Von diesen her erst bestimmen sich dann Verfahrens- und Vorgehensweisen.

So ist eine Definition, wie sie im Lexikon zur Soziologie (S. 228) vorgelegt wird, schnell problematisierbar: „Gemeinwesenarbeit (community organization, community development) neben Einzelfallhilfe (case work) und Gruppenarbeit (group work) die dritte klassische Methode der Sozialarbeit, die meist innerhalb eines geographisch abgegrenzten Gebietes (einer Gemeinde oder eines Teiles davon, etwa Slum oder Nachbarschaft) stattfindet und nach M. G. Ross aus mehreren Schritten besteht:

- a) die Einwohner des Gebietes erkennen ihre Bedürfnisse und entschließen sich, für deren Erfüllung zu arbeiten;
- b) Hilfsquellen (interne oder externe) werden erschlossen;
- c) in diesem Sinne werden Maßnahmen eingeleitet, die ein solidarisches und kooperatives Verhalten in der Gemeinde ausbauen.“

Dies ist zwar eine mögliche, aber nicht hinreichende Definition, die, wie die meisten Erklärungen, Beschreibungen und Analysen von GWA, drei nicht unwichtige Fehler macht:

- GWA wird undifferenziert hinsichtlich verschiedener Ansätze, Strategien und Interessen betrachtet,
- GWA wird ausschließlich als Methode der Sozialarbeit betrachtet,
- die Problematik des in einem Rollenkonflikt stehenden Gemeinwesenarbeiters (im Spannungsfeld von anstellender Institution und Klientel) wird nicht erfaßt.

Während M. G. Ross, dessen Konzeption der GWA weit verbreitet ist¹, von einer pluralistischen Gesellschaft ausgeht, deren verschiedene Interessengruppen ein Gemeinwohl als existent anerkennen und sich diesem zusammenarbeitend unterordnen, besteht

* Arbeitsgruppenleiter: DIETER BAACKE

Protokollanten: BRIGITTE SOBEK und INGRID WESSEL

Referenten: HANS ECKEHARD BAHR, DANKWART DANCKWERTS und C. WOLFGANG MÜLLER.

¹ Ross, M. G.: Gemeinwesenarbeit. Theorie, Prinzipien, Praxis. Freiburg 1968.

für SPECHT² das dominante Ziel der GWA darin, „...Gemeinwesen in die Lage zu versetzen, eine Strategie der Schlichtung und des Ausgleichs zu entwickeln, um von der Revolte über den Kampf und die Konkurrenz-Kampagne zur Kooperation vorzustoßen“. ALINSKY³ betont wiederum das Konzept der Selbstorganisation, weil er nicht unterstellen möchte, daß die sozialen Institutionen schon wüßten, was für die Bevölkerung gut sei. ALINSKY geht es um die Schaffung einer „Volksorganisation“, die die Machtfrage zu berücksichtigen hat und in der Regel nicht von einem gleichen Interesse von Sozialbehörde als gesellschaftlicher Kontrollinstanz und Volksbewegung ausgehen kann. Für IBEN, einen Autor der BRD, ist GWA „ein Instrument zur Aufdeckung des Interessenkonflikts und des Interessenkampfes. Sie pervertiert, wo sie lediglich Spannungen verdrängt und damit notwendige Veränderungen verhindert“. Auch nach IBEN⁴ ist GWA „letztlich in der Selbstorganisation der Zielgruppe zu realisieren, denn Emanzipation kann nicht zugeteilt werden“. Damit sprengt sie den Rahmen herkömmlicher Sozialarbeit, „weil diese die eigenen Entscheidungen der Zielgruppe und ihre Dynamik nicht zuläßt oder vorprogrammiert“. C. W. MÜLLER⁵ schließlich betrachtet GWA als aggressive Intervention, die der Erweiterung und Veränderung der bereits bewußten Interessen und Bedürfnisse mit dem Ziel der Weiterentwicklung menschlicher Fertigkeiten zu gemeinsamen politischen Handlungen dient. GWA in einer Klassengesellschaft muß sich parteilich auf die Seite der unterdrückten Klasse stellen. Analyse der Gesellschaft als Klassengesellschaft; Entwicklung einer zugleich politischen und pädagogischen Strategie und immer erneute Auseinandersetzung mit der widersprüchlichen Funktion der Gemeinwesenarbeiter, einerseits als Agenten der Institution, andererseits als Bündnispartner der Betroffenen tätig zu sein, sind Akzente, die kaum noch erlauben, naiv von einem von allen geteilten „Gemeinwohl“ zu sprechen. GWA wird damit als *Reformbewegung von unten* aufgefaßt und unterscheidet sich damit von einer Auffassung als *Reformstrategie von oben*. Diese ermöglicht im Zuge von Modernisierung und Rationalisierung der kommunalen Planung und der Sozialarbeit die Verbesserung der Kooperationsformen zwischen Kommunal-Bürokratie und freien Verbänden zum Zwecke der effektiveren Planung sozialer Einrichtungen und Maßnahmen, während jene sich zunehmend zu einer Bewegung der Bürgerinitiativen entwickelt. Die Unternehmungen zur „Hilfe durch Selbsthilfe“ stießen anfangs auf den Widerstand der kommunalen Institutionen; dieser baute sich jedoch teilweise ab, so daß diese bald Bürgerinitiativen in ihr Programm integrierten. Die Spannung zwischen Kooperation mit kommunalen Institutionen und Protestbewegung *gegen* etablierte Institutionen bleibt als jeweils zu entscheidende Frage der GWA inhärent.

Erste Erfahrungen mit GWA in der BRD liegen vor⁶. Die GWA wurde auch bald als Arbeitsform in das Ausbildungsprogramm verschiedener Hochschulen aufgenommen,

2 SPECHT, H.: Disruptive Taktiken in der Gemeinwesenarbeit. In: MÜLLER/NIMMERMANN (vgl. Anm. 5). 1971.

3 ALINSKY, S.: Die Rolle informeller Führer beim Aufbau von Volksorganisationen. In: MÜLLER/NIMMERMANN (vgl. Anm. 5). 1971.

4 IBEN, G.: Rolle der Sozialarbeit in Stadtplanung und Stadtentwicklung. Referat, gehalten auf der Sozialarbeiter-Tagung der Arbeiterwohlfahrt. 1972.

5 MÜLLER, C. W./NIMMERMANN, P.: Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. München 1971.

6 vgl. u. a.: MÜLLER/OELSCHLÄGEL/THÜRMER-ROHR: Gemeinwesenarbeit als entwickelte Form kommunaler Fürsorge. In: Victor-Gollancz-Stiftung, Reader zur Strategie und Theorie von Gemeinwesenarbeit. Frankfurt/M. 1974. –

REIDEMEISTER, H.: Was Arbeiter sagen. In: Kursbuch 1971, 25, S. 37–55. Protokoll eines Gesprächs mit drei Arbeitern: Warum ist Solidarität so schwierig? In: Kursbuch 1974, 37, S. 51–66. Wohnste sozial, haste die Qual. Rowohlt, Taschenbuch 175. –

schien sie doch zu erlauben, als Projektangebot Theorie und Praxis zu verbinden, und dies in einem integrierenden Arbeitsfeld, wie es ein Stadtteil darstellt. Mit der GWA wurden wichtige Erfahrungen gemacht; nach dem Abebben der Studenten-Revolution freilich blies auch ihr der Wind plötzlich ins Gesicht. Die parteiiche Politisierung schien ebenso verdächtig wie die Ausbildungspraxis von Hochschulen problematisch, die eine Berufspraxis allzu intensiv vorwegnahm.

Es ist an der Zeit, Bilanz zu ziehen; sich den Diskussionsstand wenigstens in einigen wichtigen Punkten zu vergegenwärtigen; Erfahrungen auszutauschen, Konzepte zu überarbeiten und daraufhin neue Programme zu entwerfen. Die Überbetonung von Strategie, Taktik und Politik als unmittelbaren Organisationsformen von *Handlungen* wird zunehmend durch die Wiederentdeckung von sozialen und politischen *Lernprozessen* relativiert. Die Autonomisierung vieler Bürgerinitiativen läßt die Frage stellen, inwieweit pädagogische Intervention überhaupt noch angemessen ist. Kann man Hochschulunterricht und soziale Praxis in der GWA wirklich verantwortlich und erfolgreich verbinden? Wie ist die hochgradige Abhängigkeit von GWA-Projekten der Hochschulen von politischen Zeitströmen einzuschätzen?

Der Arbeitsgruppe war schnell klar, daß die Vielfalt der Probleme nicht in den wenigen Sitzungen angemessen aufgearbeitet werden konnte. Daher schien es sinnvoll, das vorgeschlagene Projekt der Bielefelder Universität „Öffentliche Medien und Gemeinwesenarbeit“, dessen zusammenfassende Darstellung noch einmal gewünscht wurde, als Ausgangs- und Bezugspunkt der Diskussion zu wählen.

2. Darstellung des Bielefelder Projekts: „Öffentliche Medien und Gemeinwesenarbeit“

Schon der Projekttitle weist darauf hin, daß das Bielefelder Projekt thematisch und in der Durchführung kein „klassisches“ Beispiel darstellt. Vielmehr geht es in Bielefeld darum, Ziele und Methoden der GWA zum einen mit anderen pädagogischen Arbeitsfeldern und -strategien zu verbinden (hier: Medienpädagogik, Sozialisation durch Massenmedien, politische Bildung); zum anderen um eine besondere Verhältnisbestimmung: es soll überprüft werden, inwieweit es möglich ist, GWA in Zusammenarbeit mit „Öffentlichen Medien“ (Zeitung, Rundfunk, Fernsehen) zu betreiben.

AUTORENGRUPPE WEST-BERLINER VOLKSTHEATERKOOPERATIVE: Blumen und Märchen. Rowohlt Taschenbuch 1974. –

AUTORENGRUPPE MÄRKISCHE VIERTEL ZEITUNG: Stadtteilzeitung. Rowohlt Taschenbuch 1974. –
MÜLLER, C. W./SCHRÖTER, U.: Handlungsforschung in Berlin. In: b:e 1975, 5. –

BAHR, H. E./GRONEMEYER, R.: Konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit. Hermann Luchterhand Verlag 1974. –

GRONEMEYER, R.: Integration durch Partizipation? Arbeitsplatz/Wohnbereich: Fallstudien Fischer Taschenbuch Verlag 1973. –

GRAF, P./RAISER, Chr./ZALFEN, M.: Sozialarbeit im Obdachlosenbereich. Gemeinwesenarbeit zwischen Betroffenen und Institutionen. VSA GmbH (Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung), West-Berlin 1976.

Das Projekt hat vier Ausgangspunkte:

1. Es geht aus vom Reproduktionssektor: Stadtteilarbeit ist Arbeit im Wohnbereich. Für die Wahl dieses Bereichs gibt es nicht nur theoretische Gründe (vgl. OFFE⁷), sondern auch praktische:
 - Betriebe sind für Maßnahmen der Sozialarbeit oder politischen Bildung kaum oder schwer zugänglich,
 - Frauen, Kinder und alte Menschen gehören zu unterprivilegierten Teilen der Bevölkerung und bedürfen der Unterstützung,
 - die soziale (Wohn-)Umgebung besitzt durchaus motivbildende Kraft für Kommunikations- und Handlungsformen.
2. Thema ist die Infragestellung/Aufhebung(?) der zunehmenden Privatisierung des Lebens im Reproduktionsbereich durch „Öffentlichkeit“. Konkreter gefragt:
 - a) welche öffentlichen und allgemein nutzbaren Verkehrsflächen hat ein Stadtteil, wie werden sie genutzt?
 - b) wie ist die Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Bürgern; wie weit ist „Partizipation“ an Planungsentscheidungen, die den Stadtteil betreffen, möglich?
 - c) ist es möglich, eine stadtteilbezogene „politische Bildung“ zu initiieren mit dem Ziel, Bürgern ihre Rechte und Pflichten deutlich zu machen und sie zu selbstbestimmtem Handeln zu ermuntern?
3. Dem Forschungskonzept liegt eine gründliche Analyse der Bedeutung der Massenmedien im privaten Leben von Einwohnern eines Stadtteils zugrunde. Insbesondere das Fernsehen wird als eine wichtige Sozialisationsagentur betrachtet, die nicht nur ein hohes Zeitdeputat beansprucht, sondern auch ein hohes Ausmaß von „vermittelter Realität“ in die „erfahrene Realität“, also die konkret erlebte und mitgestaltete Umwelt des Bürgers, hineinbringt. Wenn dem so ist, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, einen rein passivistischen und privatisierenden Medienkonsum zu problematisieren. Hinzu kommt, daß die vermittelten Inhalte nur in seltenen Fällen eine Betroffenheit von Bürgern erreichen aus dem Grunde, weil ihre eigenen Angelegenheiten zur Sprache kommen.
4. Das Projekt-Design sieht vor eine Kooperation von
 - Vertretern der Massenmedien (Redakteure),
 - Sozialarbeitern,
 - Stadtteilbewohnern,
 - Wissenschaftlern.

Auf einer systemanalytischen Ebene soll das Projekt die Frage beantworten helfen, inwieweit diese Gruppen, die aus unterschiedlichen Handlungssystemen kommen, in der Lage sind, gemeinsame Probleme zu lösen und was dies gegebenenfalls hindert. – Ebenso wichtig wie die Analyse der Kooperationsformen und -möglichkeiten ist der kommunikations-politische Aspekt, inwieweit Stadtteilbewohner mit Hilfe von Medien in die Lage versetzt werden können, eigene Interessen zu entdecken und für andere mittelbar zu machen.

Methoden und Prozesse:

1. Auf der Ebene der *Forschung* werden im Projekt Methoden empirischer Sozialforschung (Fragebogen-Interviews, Sozialstatistik) mit denen der Handlungsforschung

⁷ OFFE, C.: Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus, In: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, edition suhrkamp 1972, S. 153–168.

(gemeinsames Agieren der Forschenden mit den Stadtteilbewohnern; gemeinsame Erkundung und Aufarbeitung von Problemen) kombiniert.

2. „Politische Bildung“ wird akzentuiert als soziales Lernen verstanden. Dieses wiederum gilt als Vor-Stadium für weitergehende strategische und taktische Handlungsfähigkeit der Bewohner. „Ambulante“ und „stationäre“ Bildungs-Maßnahmen sollen verbunden werden. „Ambulant“ meint: Bildungsmaßnahmen, die im Stadtteil selbst durchgeführt werden. „Stationär“ meint: Bildungsmaßnahmen, die mehrere Tage dauern und in Fortbildungsstätten durchgeführt werden. Im Projekt soll der Verbund beider Maßnahme-Typen erprobt werden. Bei allen Bildungsmaßnahmen wird das Verhältnis von „Medien“ und sozialem Engagement als strukturierendes Prinzip beibehalten.

3. Sehr schnell zeigte sich, daß die „Öffentlichen Medien“ als Institutionen nicht flexibel genug sind, um bürgernah und spontan reagieren zu können. Insbesondere das Fernsehen machte Schwierigkeiten, während die Zusammenarbeit mit dem WDR-Hörfunk dessen größere Beweglichkeit erwies. Neben die „öffentlichen“ Medien treten zunehmend „handhabbare“ Medien als Instrumente in der Hand des Bürgers (Video-Aufnahmen, Flugblätter, Handzettel, Stadtteil-Zeitung).

4. Im Projekt wird davon ausgegangen, daß zunächst ein Bedürfnis nach sozialer Kontaktaufnahme vorliegt. Hier ist anzuknüpfen. Der nächste Schritt wäre die Überführung von Gemeinschaftserfahrungen in gemeinsam geplante und verantwortete Bildungsprogramme im Rahmen politischer Information. Der dritte Schritt wäre dann die Herstellung von Handlungsfähigkeit und, darauf aufbauend, die Durchführung von Aktionen (praktisch sind diese Schritte natürlich nicht in jedem Fall zu trennen!)

5. Die Arbeit knüpft bei *vorhandenen* Institutionen und Organisationen an. Die Zusammenarbeit mit der Evangelischen und Katholischen Kirchengemeinde etwa hat sich als fruchtbar erwiesen.

Probleme:

1. Schnell stellt sich ein Definitionsproblem: Handelt es sich in dem gemeinten Projekt überhaupt um die GWA? Ist es möglich, Arbeitsformen und Ziele von GWA zu erweitern – hier etwa um den Aspekt des Einsatzes von Medien im Interesse der Herstellung von Öffentlichkeit? – Gehört zur GWA nicht die Konzentration auf „soziale Brennpunkte“ (z. B. Obdachlosensiedlungen, verslumende Gegenden)? Der im Bielefelder Projekt gewählte Stadtteil Stieghorst besitzt zwar eine große Quote von Arbeitern; er ist ansonsten jedoch „unauffällig“. Es handelt sich um eine typische, schnell gewachsene Vorortsiedlung, landschaftlich reizvoll gelegen, aber ohne entwickelte Infrastruktur (fehlende Ärzte, Kindergärten, Schulen, Läden; kaum kulturelle Angebote; mangelhafte Anbindung zur Stadt durch öffentliche Verkehrsmittel; zum Teil unbefriedigende Wohnverhältnisse). Unmittelbar zutage liegende Probleme gibt es in Stieghorst jedoch nicht. Die Mehrzahl der Einwohner von Stieghorst ist mit ihren Lebensbedingungen durchaus zufrieden. Gehört es auch zu den Aufgaben der GWA, die „schweigende Mehrheit“ zu mobilisieren? Kann es sein, daß entscheidend für politische Einstellungen und Erwartungen die scheinbar unauffälligen Alltagserfahrungen sind? (Wenn dem so ist, müssen gerade *diese* bearbeitet werden!).

2. Zunächst wurde dem Projekt die von der Bundeszentrale für Politische Bildung zugesagte Finanzierung entzogen. Da inzwischen soziale Prozesse angelaufen waren, war es nicht verantwortbar, die Arbeit einzustellen. Welche Risiken geht Forschung ein, wenn sie sich auf soziale Prozesse einläßt, für die sie eigentlich nicht zuständig ist; welchen Risiken werden ihre Klienten ausgesetzt, die doch keinen professionellen und hauptamtlich für sie arbeitenden Partner haben (Studenten sind keine/noch keine Sozialarbeiter!). Wie ist sicherzustellen, daß Forschungsprojekte dieser Art angemessen und sicher gefördert werden, wie es bei anderen Projekten längst üblich ist?

3. Die Kooperation der verschiedenen Handlungssysteme macht Schwierigkeiten. Redakteure der Medien interessieren sich kaum für Sozialarbeit; Sozialarbeiter wiederum haben nicht gelernt, mediendidaktische Perspektiven einzubeziehen. Wie kann man die Nötigung zur Kooperation durch den Hinweis deutlich machen, daß im Lebenszusammenhang der Klienten Medien, soziale Probleme und politische Fragen nicht getrennt sind?

4. Schwierigkeiten zeigten sich bei der Mobilisierung der Stadtteilbewohner. Da es keine handlungsanleitenden sozialen Defizite gibt, für die man spontan „auf die Barrikaden“ steigt, vielmehr ein Entzug an Kommunikations- und Interaktions-Themen zu konstatieren ist, stellt sich das größte Problem in der Passivität der Stadtteilbewohner. Welche Methoden gibt es, diese zu überwinden?

5. Es ist fast unmöglich, zwischen „Forschung“ und „sozialem Handeln“ zu trennen. Wo sind die Grenzlinien, und sind sie in Projekten dieser Art aufrechtzuerhalten?

6. Inzwischen ist das Projekt in Stieghorst so weit finanziell gesichert, daß bis zum Ende des Jahres 1976 einige hauptamtliche Mitarbeiter tätig sein können. Dennoch werden Definition des Projektendes durch die Wissenschaftler, die genug Daten gewonnen haben, und die gleichen Personen als change-agents, die an sozialen Prozessen teilnehmen, nicht übereinstimmen. Wie ist dieser offenbar konstitutive Widerspruch bearbeitbar?

7. Wie weit können Studenten an langdauernden Projekten dieser Art teilnehmen? Welche Lernerfahrungen machen sie? Behalten sie nicht ihre privilegierte Stellung inne, so daß sie sich über ihre konkreten Handlungsmöglichkeiten im späteren Beruf eher täuschen?

3. Hearing zur Projektdarstellung

Es wurden Fragen gestellt zu den Zielen des Projekts, zur Strategie, zum Projektstudium, zum Gruppenprozeß innerhalb der Hochschule und im Stadtteil und zur konkreten Durchführung verschiedener Aktivitäten.

1. Frage: Das Projekt beschäftigt sich mit dem Problem der Öffentlichkeit und der GWA. Ist in diesem Zusammenhang untersucht worden, wodurch „Privatheit“ bestimmt wird; wo die Ursachen für die Privatisierung liegen und wo in diesem Zusammenhang die Maßnahmen einzusetzen haben, um diese Privatisierung aufzuheben?

2. *Frage:* Das Projekt spannt im Titel „Öffentliche Medien“ und „GWA“ zusammen. Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Massenmedien? Sind gerade sie überhaupt geeignet, als Instrumente der GWA zu fungieren?

3. *Frage:* Welche Aktivitäten wurden ins Leben gerufen? Wo waren die konkreten (inhaltlichen) Anknüpfungspunkte?

4. *Frage:* Es wurde gesagt, daß ganz bestimmte Bürger an Aktivitäten teilnehmen. Diese Bürger gehören offenbar zu der aktiven, bildungswilligen Schicht. Wie kann es gelingen, auch Arbeiter und weniger günstig disponierte Stadtteilbewohner zu beteiligen?

5. *Frage:* Wie ist der Übergang von den geschilderten Aktivitäten, die eher sozialorientierter, kontaktschaffender Natur waren, zum politischen Handeln angelegt?

6. *Frage:* Was können Projekte der geschilderten Art für die Ausbildung des Studenten leisten?

Die Diskussion schärfte die schon im Projekt-Bericht hervorgehobenen Punkte heraus. Dabei ergab sich eine besondere Skepsis der in der Arbeitsgruppe mitdiskutierenden Sozialarbeiter gegenüber diesem Unternehmen, das nicht an einem „sozialen Brennpunkt“ einsetzte.

4. *Strukturierung der einzelnen Fragestellungen*

Allgemeine Annahmen über die Annäherung an den Objektbereich

Das Projekt Stieghorst geht davon aus, daß die Massenmedien das Leben der Bürger stark beeinflussen. Diese Vorannahme wurde abgeleitet aus Kommunikationsforschungsberichten. Es wurde in Zweifel gezogen, ob es möglich sei, allgemeine Forschungsergebnisse unmittelbar auf konkrete soziale Aggregate (hier: Stadtteil) zu übertragen. Außerdem sei zu bestreiten, ob „Privatisierung“ aus dem Reproduktionsbereich allein zu erklären sei. Vielmehr trügen gerade auch der Arbeitsbereich und die Erziehung dazu bei, daß die Privatisierung heutzutage zunimmt. Die Verkehrsformen haben sich im Laufe des letzten Jahrhunderts wesentlich geändert; sie wirken sich stark auf den Zusammenhang von Leben und Kommunikation aus. H. LEFEBVRE hat in seiner „Kritik des Alltagslebens“ die Zerstückelung unserer Zeit im Interesse der Produktion; die Funktionalisierung unserer Handlungsvollzüge kritisch analysiert. – Im Anschluß daran wurde von W. C. MÜLLER kritisch angemerkt, daß zwei systematische Fehler gemacht worden seien:

- a) historisch materialistisch zu interpretierende Zusammenhänge seien strukturalistisch verfälscht worden
- b) es sei durch die Tiefen-Interviews letztlich kein Verhalten erhoben worden, sondern eher Meinungen über Verhalten (Rationalisierungen nach außen).

MÜLLER verwies in diesem Zusammenhang auf die Filme „Flöz Dickebank“ und den Eisenheim-Film.

Auf die kritischen Fragen wurde angemerkt: Das Problem der Massenmedien und ihre beeinträchtigende Wirkung auf die Interaktionsformen der Bürger wurde durch eine Anzahl Tiefen-Interviews und Beobachtungen zumindest plausibel gemacht. Die in den

Interviews gemachten Aussagen bestätigten zum größten Teil die in den empirischen (allgemeinen) Untersuchungen dargestellten Probleme.

Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt betrifft die Vorgehensweise in diesem Projekt. Da es keine Anknüpfung an objektiv unmittelbar nachweisbare und von Stadtteilbewohnern auch ins Bewußtsein aufgenommene Konflikte gab – was sollte dann das Vorgehen der Forschungsgruppe legitimieren? Wieso sei hier überhaupt noch von GWA zu reden? Es ginge doch um die Ausarbeitung eines Problems, das zunächst permanent und latent sei: die Vereinzelung des Bürgers, die immer mehr zurückgehende Kommunikation zwischen Nachbarn und die aus diesen genannten Problemen sich ergebende Unzufriedenheit aufzudecken (auch für das Bewußtsein der Bürger). Man mußte in diesem Projekt davon ausgehen (so die Erwiderung), daß die Bewohner des Stadtteils, die in einer neutral-freundlich nachbarschaftlichen Beziehung miteinander leben, nur vordergründig mit ihrer Wohn- und Lebenssituation zufrieden sind. Eine nachgehende Arbeit konnte dies jedenfalls teilweise deutlich machen. Von daher ergab sich dann das Interesse der Forschungsgruppe, durch pädagogische Angebote, die an den Gegenwartsbedürfnissen der Bürger ansetzen, ihrem bestehenden Bedürfnis nach interpersonaler Kommunikation zu entsprechen. Auf der anderen Seite bedeutet dies, daß die den direkten Erfahrungsaustausch hemmende Wirkung der Massenmedien aufzubrechen ist.

Die Vorgehensweise, die das Stieghorst-Projekt kennzeichnet, ist als deduktiv zu bezeichnen. Da das Projekt sich als eins der Aktionsforschung versteht, wurde folgender Weg eingeschlagen:

Ausgegangen wurde zunächst von:

- a) Globalvorstellungen, die die Fragerichtung bestimmten;
- b) in einem nächsten Schritt fand die Ausarbeitung und Detaillierung dieser Fragerichtung statt;
- c) durch eine Fragebogenaktion wurde die Fragerichtung bestätigt und ergänzt;
- d) im Anschluß daran erfolgte aufgrund der Interpretation der ersten Erfahrungen die Entwicklung von bestimmten Maßnahmen, die zum nächsten Schritt führten, der Feldarbeit. Deren Ziel sollte es sein, positive Lebensmöglichkeiten herauszustellen. Der Medieneinsatz spielte hierbei noch keine große Rolle. Das Problemfeld sollte zunächst im unmittelbar Kommunikativen angegangen werden.

Durch das aufgezeigte Vorgehen soll versucht werden, das Problem der Privatisierung aufzuarbeiten. „Privatisierung“ ist zu verstehen als die Passivisierung der Abendfreizeit und die damit zusammenhängende Einengung der öffentlichen Verkehrszonen bzw. ihre mangelhafte Nutzung.

Von den Teilnehmern der Gruppe wurde kritisch angemerkt, daß der deduktive *Ansatz* und die gewählten *Methoden*, die die praktische Arbeit bestimmten, insofern nicht zur Deckung gebracht wurden, als die praktischen Methoden sich an einer nichtdirektiven Annäherung an den Objektbereich orientierten. Damit sei man eher induktiv vorgegangen, vorsichtig ermittelnd, sich den sozialen Bewegungen anpassend. Da die Bürger aber gar kein Problembewußtsein besaßen, erschien es fragwürdig, sich dann auf die stark reduzierte soziale Aktivität zu verlassen. Man mußte dann notwendigerweise bei „Geselligkeitsclubs“ landen, deren Berechtigung unbestritten ist. Gehört ihre Gründung und Unterstützung aber zu den Aufgaben von GWA? Andererseits: In jeder Aktionsforschung finde, so wurde angemerkt, eine unterschwellige Instrumentalisierung der Betroffenen statt. Bezogen auf das Stieghorst-Projekt würde das die Konstitution von Bedürfnissen durch den change-agent bedeuten.

C. W. MÜLLER faßte an dieser Stelle zusammen:

1. Es wurde von den Teilnehmern bestätigt, daß Vorannahmen gebraucht werden. Entscheidend ist, welcher Art diese sind.
2. Es muß beachtet werden, daß Vorannahmen, die aus schon bestehenden wissenschaftlichen Ergebnissen abgeleitet werden, problematisch sind. Auch wenn sie allgemein richtig sind, müssen sie nicht notwendig zu dem Zusammenhang der konkreten Projekte stimmen. Dies bedeutet, daß
3. die Vorannahmen so formuliert sein müssen, daß sie jederzeit revidiert werden können. Speziell auf das Stieghorst-Projekt bezogen, gab MÜLLER zu bedenken, daß geprüft werden müsse, wie sich der nicht direktive Ansatz zur Aktionsforschung und zu den Vorannahmen des Projekts verhalte; welche Kriterien die beschriebene Vorgehensweise rechtfertigten.

4.2. Ziele des Stieghorst-Projektes

Die Zielrichtung des Projektes wurde unterteilt in

- a) Binnenbeziehungen
- b) Außenbeziehungen

Unter a) wird die bessere Interaktion der Bürger verstanden. Mit dem Stichwort „Außenbeziehungen“ ist der Einfluß auf kommunaler Ebene angesprochen. Von den Teilnehmern wurde angemerkt, daß es zwischen den beiden Bereichen zu Konflikten kommen kann, was sich auf die Vorgehensweise und die Durchführung der Arbeit im Projekt auswirken muß. Obwohl beide Bereiche miteinander verflochten sind, verlangen sie eine unterschiedliche Strategie. Die Teilnehmer interessierte besonders die Vorgehensweise und das Ziel der Gesamtstrategie.

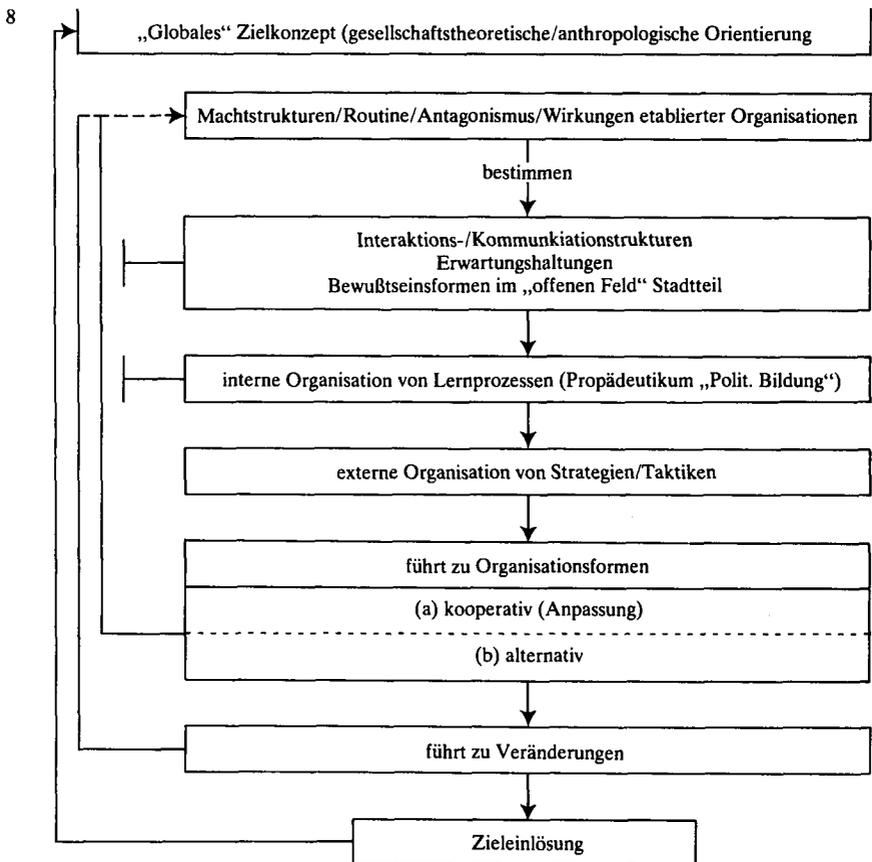
Im Stieghorst-Projekt wurde von der Annahme ausgegangen, daß die eigentliche Zielrichtung zunächst die Binnenstruktur betrifft. Für die Arbeit im Stadtteil bedeutet dies: Vertrauen zu den Bürgern herstellen, den Abbau von Vorurteilen unterstützen (z. B.: gegenüber den „Wissenschaftlern“ von der Hochschule; von Bürgern untereinander; gegenüber Einwohnern von Getto-Bezirken usw.). – Die Außenbeziehungen (Handeln mit/gegen kommunale Politik und Verwaltung) bauen auf dieser Grundlage auf. Priorität des Projektes ist jedoch zunächst, die Interaktionsformen der Bürger untereinander zu verbessern. Erfreulicherweise kann bezüglich des Stieghorst-Projektes nicht von allzu großen (momentanen) Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit der drei Systeme: Sozialarbeit/Bürger und Administration gesprochen werden. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Möglichkeit von Lerneffekten zwischen den einzelnen Systemen zumindest in der Anlaufphase, da noch keine Bedrohung der Handlungsidentität oder -routine einer der drei Gruppen gegeben ist, offen blieb.

5. Strategische Überlegungen

Schon am Vortag waren wir im Verlauf der allgemeinen Zieldiskussion immer wieder auf methodische Fragen gestoßen. Mit Hilfe der Diskussion von BAACKES Schema zum Globalkonzept des Stieghorst-Projektes⁸ glückte dann am Mittwoch endgültig der Übergang zur Methodendiskussion, insbesondere unter dem Aspekt, durch bestimmte Strategien der Gemeinwesenarbeit ungewollt soziale Selektionsprozesse bei den Adressaten auszulösen.

5.1. Definitionsprobleme

Die Diskussion entzündete sich an der Frage, ob der Zusammenhang von Ziel und Methode in der GWA definitorisch festzulegen sei. Es wurde festgestellt, daß die Methode der Gemeinwesenarbeit ebensowenig wie bei der Aktionsforschung a priori „demokratische“ oder andere Zielsetzungen in sich birgt. Normalerweise wird GWA in Abgrenzung von casework und Gruppenpädagogik als ökologisch orientierte Methode definiert, die an



regional zu bearbeitenden Problemen ansetzt. Der Gemeinwesenarbeiter wurde in diesem Zusammenhang als „Vermittler zwischen den Frontlinien von Kapital, Staat und Bevölkerung“ bezeichnet. Stadtteilarbeit wurde so definiert: „Im Unterschied zur stadtteilbezogenen Sozialarbeit, die vom ‚Subjekt‘ Sozialarbeiter ausgeht, wird Stadtteilarbeit vom ‚Subjekt‘ Bewohner initiiert und organisiert. Diese Trennung ist nicht statisch zu sehen und sie schließt sich nicht gegenseitig aus. Beide Ansätze sind vielmehr als ergänzende bzw. miteinander zu verbindende Strategien zur Interessenwahrnehmung anzusehen“⁹. „Strategie“ wiederum wurde verstanden als „Gesamtplan für einzelne Handlungen, während ‚Taktiken‘ die spezielleren Handlungsteile darstellen, mit denen die vorhandenen Ressourcen in Bewegung gesetzt und in Richtung auf spezielle Ziele kanalisiert werden sollen. Die Strategie bedarf eines langfristigen Handlungsplans, der auf eine Theorie gegründet ist, die den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung reflektiert, während Taktiken die immanenteren Methoden des Handelns darstellen“. „Interventionsformen“ schließlich sind „Bündel einzelner taktischer Schritte“¹⁰.

5.2. Soziale Selektionsprozesse

Nach den Erfahrungen, die in Berlin gemacht worden sind, gibt es zwar Probleme, die schichtenunspezifisch sind, an deren Lösung also prinzipiell alle Stadtteilibewohner interessiert sind. Aber schon bei Gruppen, die mit Mitgliedern unterschiedlicher sozialer Herkunft besetzt sind, gibt es Schwierigkeiten. Bei einer Eltern-Kind-Gruppe im Märkischen Viertel bestand z.B. die Tendenz einer Arbeitsteilung, die den beteiligten Mittel-Schichtlern „das Schriftliche und Mündliche“, den beteiligten Handarbeitern „das Praktische“ überließ. Damit letztere nicht auf Dauer von ihren privilegierten Mitbürgern abhängig blieben, was letztlich zu Konflikten und zur Arbeitsunfähigkeit der Gruppe geführt hatte, wurde eine radikale Spaltung der Gruppe von den Gemeinwesenarbeitern begünstigt. Im Stieghorst-Projekt der Bielefelder ist der Versuch geplant, mit Hilfe einer anderen Strategie das „Bildungsgefälle“ auszugleichen. Pädagogisch interessierte Bürger, die, was die Voraussetzungen für Stadtteil-Initiativen anbelangt, einen Vorsprung haben, sollen möglichst zahlreich zu „Betreuern auf Zeit“ ausgebildet werden, um so ihren Wissensvorsprung durch Vermittlung an andere fruchtbar zu machen. Nach Abschluß ihrer jeweils problemspezifischen Beratertätigkeit müssen sie sich zurückziehen. Ihr Ziel soll es sein, eine selbständige Gruppe zu hinterlassen. Dies ist auch notwendig, um die zeitliche Kapazität eines nebenberuflichen „change-agent“ nicht zu überstrapazieren

Es wurde zu bedenken gegeben, daß es leicht zu Konkurrenzkämpfen zwischen Bürgern gleichen oder ähnlichen Status' kommen könnte. Dem könnte vielleicht durch die Auswahl der „Beraterbürger“ sowie durch ein entsprechendes Training vorgebeugt werden.

5.3. Clearing Stelle

Für wichtig wurde eine clearing Stelle im Zusammenhang mit den Stadtteilaktivitäten zur Schlichtung und Vorbeugung von auftretenden Konflikten befunden. Diese Funktion wird

⁹ Info: Sozialarbeit 11, S. 10.

¹⁰ Vgl. MÜLLER/NIMMERMANN: S. 209f.; S. 217.

oft vom Pfarrer oder auch von Professoren (etwa aus der Projektleitung der Hochschulen) übernommen.

In Stieghorst wurde ein „Kontaktkreis“ aus den Honoratioren (Ratsherren, Pfarrern, Schulrektoren, Sozialarbeitern, Vereinsvorsitzenden) sowie Sprechern der Stadtteilaktivitäten gegründet, der diese Aufgaben wahrnehmen soll.

5.4. Erhaltung bestehender Strukturen

Im oben zitierten „Kontaktkreis“ stoßen neue und bestehende Strukturen aufeinander. Dabei ist ein (verständliches) Mißtrauen der etablierten Honoratioren gegenüber sich neu und nicht in vorhandenen Vereinen und Verbänden organisierenden Bürgern festzustellen. Es ist bisher nicht geglückt, zu einer gemeinsamen Grundlage zu kommen. Dringend benötigt werden also Methoden, die erlauben, neue Aktivitäten mit vorhandenen zu verbinden, ohne daß die vorhandenen die Überhand gewinnen (und alles beim alten bleibt!). Auf jeden Fall dürfen bestehende Strukturen von den Gemeinwesenarbeitsstudenten niemals angegriffen werden. Vorhandene Kooperationsmöglichkeiten sollten realistisch eingeschätzt und zunächst so weit wie nur möglich genutzt werden.

5.5. Träger

Es herrschte Einverständnis darüber, daß ein Träger von Gemeinwesenarbeitsprojekten nicht unmittelbar Kapitalinteressen vertreten sollte.

Regionale Stiftungen, von Bürgern gegründete steuerlich unterstützte Gruppen, Kirchengemeinden schienen geeignet. Der Bedarf der verschiedenen Träger an Gemeinwesen-Arbeitern wurde unterschiedlich eingeschätzt. Ein Teil der Gruppe war optimistisch: bei wirklichem Bedarf würden auch heute noch Planstellen geschaffen (Beispiel: Stuttgart, Uni Tübingen).

Projektstudium

Von den Fragen des Bedarfes gingen wir über zu Fragen der Qualifikation. Können überhaupt durch Hochschulprojekte geeignete Gemeinwesenarbeiter ausgebildet werden?

6.1. Voraussetzungen, Vorteile und Schwierigkeiten einer Ausbildung durch Projektstudium

Als notwendige Voraussetzung wurde von den Diskussionsteilnehmern ein umfassender Studiengang betrachtet. Nur im Rahmen eines Projektstudiengangs können Kenntnisse durch eine Vorwegnahme der Berufspraxis einerseits, ihre theoretische Aufarbeitung in flankierenden und nachfolgenden Lehrveranstaltungen andererseits, erworben werden. So wird die Motivation des auf diese Weise ausgebildeten Gemeinwesenarbeiters nicht nur intensiver, sondern vor allem realistischer beurteilt. Aber auch bei Erfüllung all dieser

Bedingungen, die angesichts der neuen Kapazitätsverordnung ohnehin illusorisch anmutet, gibt es noch Schwierigkeiten zu bewältigen: der Sprung ins kalte Wasser der Praxis wird von den Studenten erst einmal unter allen neu erdenklichen Vorwänden hinausgezögert. Ist er dann allerdings gewagt und sind die ersten kalten Schauer den Rücken hinunter, finden viele gar nicht mehr ans Ufer Hochschule zurück, was der Reflexion der geleisteten Arbeit ebensowenig entgegenkommt wie der zu schreibenden Diplomarbeit.

6.2. Konkurrenz

Der auf diese Weise sowohl in der Theorie als auch in der Praxis an der Hochschule (PH, Uni) ausgebildete Gemeinwesenarbeiter tritt in ernst zu nehmende Konkurrenz zu Fachhochschulabsolventen mit dem gleichen Berufsziel. Wer die Situation an unseren Fachhochschulen kennt, weiß, daß die theoretische Ausbildung dort oftmals nicht ausreichend ist. Langfristig könnte nur eine einheitliche Ausbildung aller Sozialpädagogen eine Abhilfe schaffen, wie sie etwa an der Gesamthochschule Kassel vorbereitet wird¹¹.

7. Erklärung von DANCKWERTS-WINKEL zu Konflikten im Ausbildungsbereich und Berufssektor

Auf Anregung von Herrn Prof. DANCKWERTS wurde in der Arbeitsgruppe 12 abschließend ein Thesenpapier verfaßt, das auf die Konflikte im Ausbildungsbereich und Berufssektor hinweist. Diese Erklärung sollte auf der Pressekonferenz am 31. 3. 76 vorgetragen werden. Das Thesenpapier hat folgenden Inhalt:

Die Arbeitsgruppe 12 hat auf dem 5. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft in Duisburg über Projekte der Gemeinwesenarbeit in der Bundesrepublik gearbeitet.

Während der Tagung wurde über mehrere Projekte in Stadtteilen verschiedener Städte der Bundesrepublik berichtet. Dabei sind die Zielvorstellungen, die methodischen Fragen und die Bedingungen der Arbeit analysiert worden. Gleichzeitig wurden Fragen der Ausbildung von Gemeinwesenarbeitern an den Hochschulen der Bundesrepublik besprochen, insbesondere Erfahrungen über zunehmende Schwierigkeiten der projektorientierten Ausbildung ausgetauscht. Die Arbeitsgruppe ist auf folgende Konflikte im Ausbildungsbereich und im Berufssektor gestoßen:

1. Gleichgültigkeit und Ablehnung gegenüber einer ausreichenden sozialen Versorgung in Wohngebieten.
2. Einschüchterung von Studenten, Wissenschaftlern und Berufspraktikern, bzw. die Einschränkung ihres Arbeitsbereiches durch politische Überprüfungen.
3. Mittelkürzungen für die Entwicklung von Praxisfeldern, insbesondere der Gemeinwesenarbeit an Hochschulen und für die Einstellung von Sozialarbeitern bei kommunalen und privaten Trägern.

¹¹ Studienmodell für Sozialberufe: Hrsg. von der Curriculum-Arbeitsgruppe an der Gesamthochschule Kassel, Luchterhand Verlag 1973.

4. Auflösung von Forschungseinrichtungen und Behinderung von Projektstudiengängen (z. B. VICTOR-GOLLANCZ-STIFTUNG).

Diese Situation ist nach unserer Ansicht entscheidend verschärft durch die allgemeine Mittelkürzung im Bildungs- und Sozialbereich. Wir fordern die Gemeinden, die Landes- und Bundesregierung auf,

- eine Verschlechterung der Lage benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu verhindern, die durch eine Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten im sozialen Bereich eintreten würde,
- die pädagogischen Berufsfelder zu erweitern, um die soziale Versorgung der Bevölkerung langfristig zu verbessern.